

**Niederschrift
zur Sitzung des Rates der Stadt Hückeswagen**



Sitzungstermin: 30.06.2005
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:40 Uhr
Ort: im großen Sitzungssaal des Rathauses,
Auf'm Schloß 1

An der Sitzung nahmen teil:

Bürgermeister

Ufer, Uwe Bürgermeister

Mitglieder

Bannies, Harald
Berbecker, Hans-Peter
Biesenbach, Monika
Busch, Annegret
Danielsen, Hans-Peter
Döring, Roswitha
Faenger, Eitel
Fink, Horst
Fischer, Rolf
Grasemann, Hans-Jürgen
Hager, Wilfried
Hölschen, Hans-Werner
Hücker, Manfred
Jockel, Gerhard
Klewinghaus, Dieter
Köhler, Hans-Joachim
Kuech, Hans Willi
Kux, Heinz
Lambeck, Ernst-Oskar
Merz, Jürgen
Moritz, Frank
Müller, Andreas
Neuenfeldt, Hans-Jürgen
Päper, Cornelia
Pohl, Andreas
Quass, Jürgen
Sabelek, Egbert
Schneider, Axel
Schreiber, Horst
Tietz, Meike
von Polheim, Jörg
Weiß, Angelika
Wiehager, Hans

von der Verwaltung

Jahr, Lutz
Kemper, Torsten
Müller, Bernd
Persian, Dietmar
Schmitz, Monika
Schröder, Andreas

für Peter Schiebahn

Mark, Jürgen

Es fehlten:

Mitglieder

Cosler, Thomas
Thiel, Ralf
Wroblowski, Karin

von der Verwaltung

Schiebahn, Peter

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|----|---|------------------------|
| 1 | Fragestunde für Einwohner | |
| 2 | Integration des Baubetriebshofes in den allgemeinen Haushalt | FB I/073/2005 |
| 3 | Ergänzungsbeschluss zur Haushaltssatzung 2005 | FB I/077/2005/1 |
| 4 | Ergänzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2005 - 2010 | FB I/079/2005/1 |
| 5 | 1. Nachtrag zur Verwaltungsgebührensatzung vom 11.11.2002
- Änderung des Gebührentarifs - | FB I/067/2005 |
| 6 | Interkommunales Bad Hückeswagen - Wipperfürth | FZB/085/2005 |
| 7 | Abwasserbeseitigungskonzept 2005 - 2011 | FB III/084/2005 |
| 8 | Widmungsangelegenheiten - Wegefläche in Pleuse | FB III/092/2005 |
| 9 | Widmungsangelegenheiten - Wegefläche in Strucksfeld | FB III/090/2005 |
| 10 | Perspektive Innenstadt | FB III/071/2005 |
| 11 | 16. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Übergangsheime der Stadt Hückeswagen zur vorläufigen Unterbringung von Aussiedlern und ausländischen Flüchtlingen vom 26.03.1992. | FB II/075/2005 |
| 12 | Veröffentlichungspflicht nach § 17 des Korruptionsbekämpfungsgesetzes NRW | RB/096/2005 |
| 13 | Bildung eines Seniorenrates
Antrag der SPD-Fraktion vom 06.06.2005 | RB/093/2005 |
| 14 | Sachstandsbericht Bau einer Turnhalle im Ortsteil Wiehagen | RB/097/2005 |
| 15 | Mitteilungen und Anfragen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|---|----------------------------|------------------------|
| 1 | Grundstücksangelegenheiten | G-W/086/2005 |
| 2 | Mitteilung an den Rat | FB III/095/2005 |
| 3 | Mitteilungen und Anfragen | |

Protokoll:

Öffentlicher Teil

**zu Fragestunde für Einwohner
1**

Es gab keine Wortmeldungen

**zu Integration des Baubetriebshofes in den allgemeinen Haushalt
2**

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Unter der Voraussetzung, dass der allgemeine Haushalt ab 01.01.2006 nach den Vorschriften des Neuen Kommunalen Finanzmanagements geführt wird, wird der Eigenbetrieb Baubetriebshof zum 31.12.2005 aufgelöst und der Baubetriebshof ab 01.01.2006 in den allgemeinen Haushalts integriert.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu Ergänzungsbeschluss zur Haushaltssatzung 2005
3**

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2005 wird – unter Berücksichtigung der in dieser Sitzung beschlossenen Veränderungen – beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu Ergänzung des Haushaltssicherungskonzeptes 2005 - 2010
4**

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Das Haushaltssicherungskonzept 2005 - 2010 wird entsprechend den nachfolgend dargestellten Abschlusszahlen – unter Berücksichtigung der in dieser Sitzung beschlossenen Veränderungen – beschlossen.

	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Verwaltungshaushalt						
Einnahmen	19.883.320	20.317.060	22.823.020	23.772.650	24.767.030	25.758.450
Ausgaben	29.368.650	34.005.400	39.820.030	43.851.860	47.269.690	50.463.460
Fehlbedarf	-9.485.330	-13.688.340	-16.997.010	-20.079.210	-22.502.660	-24.705.010
Vermögenshaushalt						
Ausgaben	4.883.050	6.497.700	7.012.300	5.357.750	3.045.550	2.297.860
Einnahmen	4.883.050	6.497.700	7.012.300	5.357.750	3.045.550	2.297.860
Saldo	0	0	0	0	0	0
Kredite (o. Umschuldung)	782.840	854.590	879.490	480.730	266.360	0

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

- zu **1. Nachtrag zur Verwaltungsgebührensatzung vom 11.11.2002**
5 - Änderung des Gebührentarifs -

Beschluss:

Der Rat beschließt:

den nachstehenden 1. Nachtrag zur Verwaltungsgebührensatzung vom 11.11.2002:

§ 1

In den Gebührentarif zur Verwaltungsgebührensatzung wird die Gebührentarif-Nr. 15 und der dazugehörige Gebührensatz wie folgt aufgenommen:

Gebührentarif-Nr. 15	Gebühr
„Entgegennahme, Prüfung, Ausfüllung des Antrags auf Befreiung von der Rundfunkgebührenpflicht (Hörfunk und Fernsehen, Antragsformular der GEZ)“	4,50 €

§ 2

Der 1. Nachtrag tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu Interkommunales Bad Hückeswagen - Wipperfürth
6

Auf die neu erstellte und nachgesandte Vorlage wird verwiesen.

Herr Schreiber stellt einen Antrag auf Änderung des Beschlussvorschlages und verliert diesen. (Der Wortlaut ist nicht dem Protokoll beigefügt, nach Absprache mit Herrn Schreiber wird auf den endgültigen Beschluss verwiesen).

Herr Schreiber begründet dies damit, dass das Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren mehrfach durchgeführt wurde, dieses jedoch seit ca. 2 Jahren nicht mehr gesetzlich vorgesehen ist und Darlehensaufnahmen notwendig wurden. Die ausgewiesenen Darlehen im Prüfungsbericht seien nach Meinung der CDU nicht transparent dargestellt.

Herr Müller erläutert die Darlehen mündlich und verweist auf die vom Rat beschlossenen Abschlüsse. Herr Müller teilt ebenfalls mit, dass es nicht möglich ist, aus beschlossenen Abschlüssen Darlehen herauszurechnen.

Die CDU vertritt die Auffassung, dass Alternativen zur Kooperation mit Wipperfürth parallel geprüft werden müssen.

Herr Ufer verweist auf den im Werksausschuss Freizeitbad auch von der CDU mitgetragenen Beschluss und auf die von Wirtschaftsprüfern geprüften Abschlüsse. Die Verwaltung erarbeitet derzeit auch alternative Lösungen. Sollte sich herauskristalisieren, dass eine andere Lösung für die Stadt Hückeswagen besser ist als ein interkommunales Bad mit der Stadt Wipperfürth, so wird diese Lösung favorisiert.

Herr Quass teilt mit, dass keinerlei Veranlassung besteht, dass von der Fa. KPlan erstellte Gutachten zu missachten und dass es unerlässlich ist, noch in 2005 einen Grundsatzbeschluss zu fassen. Sollte Wipperfürth bei der Entscheidung bleiben, erst in 2006 einen Beschluss zu fassen, muss Hückeswagen handeln. Die interkommunale Zusammenarbeit sollte aber in jedem Fall weiter verfolgt werden.

Herr von Polheim und Herr Sabelek vertreten gleichfalls die Auffassung, dass weiterhin Verhandlungen mit der Stadt Wipperfürth geführt werden sollen, parallel dazu aber auch alternative Möglichkeiten gesucht werden.

Seitens der CDU wird die Möglichkeit aufgeworfen, den Betrieb Freizeitbad in den allgemeinen Haushalt zu überführen (Vergleich Baubetriebshof). Es wird gewünscht, die operativen Zahlen zu ermitteln. Herr Müller sagt dies zu.

Herr Ufer verweist nochmals darauf, dass er Gespräche mit möglichen Investoren führen wird.

Herr Schreiber unterstreicht die Auffassung, dass es wichtig ist, transparente Zahlen zu bekommen. Auf Nachfrage von Herrn Ufer teilt er mit, dass es auch möglich sein kann, dass die CDU die Schließung des Bades favorisiert.

Nach intensiver Diskussion wird ein modifizierter Beschlussvorschlag erarbeitet. Diese Änderungen / Ergänzungen sind im Beschlusstext kursiv dargestellt.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Unter der Voraussetzung, dass Wipperfürth einen gleichlautenden Beschluss fasst, arbeiten die Städte Wipperfürth und Hückeswagen mit dem Ziel der Realisierung eines interkommunalen Bades auf der Grundlage des Gutachtens der Fa. kplan zusammen. Die Bürgermeister der beiden Städte werden beauftragt, die Details für ein interkommunales Bad zu erarbeiten und die weitere Beschlussfassung vorzubereiten.

Zeitgleich wird über eine alternative Verwendung des Freizeitbades nachgedacht.

In der nächsten Sitzung des Werksausschusses Freizeitbad werden die operativen Zahlen erläutert (Defiziterläuterung).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu **Abwasserbeseitigungskonzept 2005 - 2011**

7

Beschluss:

Der Rat beschließt das vorliegende Abwasserbeseitigungskonzept.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu **Widmungsangelegenheiten - Wegefläche in Pleuse**

8

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Es wird die Widmung der Wegeflächen in der Ortslage Pleuse beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 9 Widmungsangelegenheiten - Wegefläche in Strucksfeld

Beschluss:

Der Rat beschließt:

Es wird die Widmung der Wegefläche in der Ortslage Strucksfeld beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 10 Perspektive Innenstadt

Ein Termin für die Sitzung des Arbeitskreises wird kurzfristig mitgeteilt.

Beschluss:

Der Rat beschließt:

1. Die Grundzüge der Planung „Perspektive Innenstadt“ der Verwaltung werden vom Rat der Stadt Hückeswagen in ihrer Grundaussage mitgetragen.
2. Als Folge der Planung ist der Bau der Stadtstraße unumgänglich. Zur detaillierten Vorbereitung der Stadtstraße beruft der Ausschuss für Stadt- und Verkehrsplanung, Wirtschaftsförderung und Umwelt einen Arbeitskreis mit folgenden Personen:

CDU: Herr Schreiber / Herr Moritz
SPD: Herr Quass / Herr Fink
FDP: Herr von Polheim
UWG: Herr Klewinghaus
B90/Grüne: Herr Sabelek, sowie
Vertreter der Verwaltung und
Vertreter des Ingenieurbüros
3. Die konkrete Ausgestaltung der Innenstadtplanung wird später sukzessive im Ausschuss diskutiert.

Abstimmungsergebnis:

bei drei Enthaltungen einstimmig

zu 11 16. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Übergangsheime der Stadt Hückeswagen zur vorläufigen Unterbringung von Aussiedlern und ausländischen Flüchtlingen vom 26.03.1992.

Beschluss:

Der Rat beschließt

aufgrund der vorliegenden Gebührenbedarfsberechnung den beiliegenden 16. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Übergangsheime der Stadt Hückeswagen zur vorläufigen Unterbringung von Aussiedlern und ausländischen Flüchtlingen vom 26.03.1992.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 12 Veröffentlichungspflicht nach § 17 des Korruptionsbekämpfungsgesetzes NRW

Herr Ufer erläutert kurz den Inhalt des Korruptions-Bekämpfungsgesetzes und die damit verbundene Pflicht für Ratsmitglieder, Ausschussmitglieder und sachkundige Bürger eine jährliche Mitteilung über „persönliche Verhältnisse“ abzugeben.

Diese Angaben werden veröffentlicht.

Weiterhin ist es nun notwendig, bei Ausschreibungen von über 25.000,00 € das Vergaberegister des Landes NRW zu beteiligen.

Bei Städten mit mehr als 25.000 Einwohnern ist es an relevanten Stellen vorgegeben, dass Mitarbeiter rotierend eingesetzt werden.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Hückeswagen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beschließt, das Anzeige- und Veröffentlichungsverfahren nach § 17 Korruptionsbekämpfungsgesetz entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu 13 Bildung eines Seniorenrates
Antrag der SPD-Fraktion vom 06.06.2005**

Herr Quass erläutert inhaltlich den Antrag und bittet die Ratsmitglieder den Antrag in den Fraktionen zu beraten und in den zuständigen Fachausschuss zu verweisen.

Herr Kuech verweist auf einen bereits gestellten und abgewiesenen Antrag der SPD aus dem Jahre 99 und erläutert anhand von Beispielen das Alter der Ratsmitglieder. Er teilt mit, dass durch das hohe Durchschnittsalter des Rates verdeutlicht wird, dass auch Senioren durch den Rat gut vertreten werden.

Frau Weiß dagegen vertritt die Auffassung, dass Senioren nicht optimal durch den Rat vertreten werden und nennt als Beispiele die Ausstattung von Seniorenwohnungen und die Hilfe bei Rentenanträgen, etc.

Herr Ufer unterbreitet den Vorschlag, dass die Verwaltung weitere Informationen zu diesem Thema einholen wird und dann, zu gegebener Zeit, eine Beratung im Fachausschuss erfolgen wird.

Weiter teilt er mit, dass mit Unterstützung der Initiative Stadtmarketing, nach den Sommerferien ein Jugendparlament gegründet werden soll und die Priorität auf die Arbeit mit Jugendlichen gesetzt werden soll.

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Top in den Ausschuss für Soziales, Jugend und Familie zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**zu Sachstandsbericht Bau einer Turnhalle im Ortsteil Wiehagen
14**

Herr Ufer erläutert, dass er nie dagegen war, in Wiehagen eine Turnhalle zu errichten, sondern nur dagegen, dass die Stadt dafür Mittel einsetzt.

Nun ist es gelungen, als Partner für den Bau einer Turnhalle die RBS zu gewinnen.

Eine schriftliche Vereinbarung wurde geschlossen mit folgenden wichtigen Eckpunkten:

- RBS baut eine Passiv-Energie-Turnhalle (niedrige Betriebskosten)
- RBS erhält voraussichtlich Zuschüsse von der „Aktion Mensch“ und der „Stiftung Wohlfahrtspflege“ für den Bau der Turnhalle
- Es wird keine Einfachturnhalle sondern eine Mehrzweckhalle mit Hausmeisterwohnung gebaut.
- Die Kosten sind von der RBS zu tragen
- Die Stadt mietet sich für den Schulsport ein

In der Realisierungsphase werden die Mitarbeiter der Stadt unterstützend tätig und der Landessportbund entwirft ein Betreiberkonzept.

Herr Ufer lobt die überaus positive Zusammenarbeit mit Herrn Gotter, Vorsitzender der RBS.

Auf Anfrage von Herrn Moritz wird mitgeteilt, dass sobald konkrete Pläne und Kosten vorliegen, der Schulausschuss informiert wird.

**zu Mitteilungen und Anfragen
15**

1. Bolzplatz

Herr Ufer teilt mit, dass für den Bolzplatz oberhalb des Sportplatzes ein Sponsor gefunden wurde, der einen Bambini-Bolzplatz errichtet. Für die Stadt entstehen außer ein paar Leistungen des Bauhofes keine Kosten.
Es ist davon auszugehen, dass ein Event zur Eröffnung veranstaltet wird.

2. Ordnungspartnerschaften

Herr Ufer berichtet, dass die Ordnungspartnerschaften an der Bever wie auch in der Innenstadt hervorragend funktionieren. Sein Dank gilt auch der Polizei, die sich bemerkenswert einbringt.

3. Tag der offenen Tür beim Wupperverband

Der Tag der offenen Tür findet am 05.07. statt.
Um rege Teilnahme wird gebeten.

4. Gesprächstermin im Verkehrsministerium Düsseldorf

a. B 237n – Ortsumgehung Hückeswagen

Herr Schröder berichtet, dass die Vorentwurfsunterlagen der B 237 n Ende Juni vom Landesverkehrsministerium an das Bundesverkehrsministerium in Bonn weitergereicht werden. Herr Ufer wird Mitte / Ende Juli das Landesverkehrsministerium anschreiben und nochmals auf die Dringlichkeit und Bedeutung des Projektes verweisen. Der zuständige Abteilungsleiter des Verkehrsministeriums, Herr Maatz geht davon aus, dass zum Jahresende der „RE-Entwurf“ vorliegt und anschließend die Planfeststellungsunterlagen durch den Landesbetrieb Straßenbau in Gummersbach gefertigt werden können.

Herr Schröder weist darauf hin, dass es wichtig ist, während der Bürgerbeteiligung im Planfeststellungsverfahren deutliche Signale pro B 237n zu setzen, sei es durch Ratsbeschluss, Anregungen aus der Bevölkerung, Initiative Stadtmarketing, etc.

b. Bahn-Entwidmung

Herr Schröder teilt mit, dass davon auszugehen ist, dass die Bewertungen der Strecken, die zur IGVP angemeldet wurden, nach den Sommerferien vorliegen werden.
Im Frühjahr 2006 kann mit einem beschlossenen IGVP gerechnet werden, erst danach kann die Entwidmung der Bahnstrecke weiterbetrieben werden.

5. Schließung einer Kindergartengruppe im kath. Kindergarten

Herr von Polheim fragt an, ob Ersatz geschaffen wird, wenn in 2 Jahren eine Gruppe des Kindergartens „Am Kamp“ geschlossen wird.

Herr Ufer teilt mit, dass die gesetzlich notwendigen Plätze immer vorgehalten werden.
Er führt derzeit Gespräche über eine neue Form der Betreuung.

6. Schulzeitverkürzung für Abiturienten

Herr von Polheim erkundigt sich, ob „Übergangsklassen“ für Haupt- und Realschüler in

Wipperfürth eingerichtet werden.
Dieses Thema wird im Schulausschuss behandelt.

7. Schieferdach Rathaus

Herr Quass erkundigt sich nach den Kosten für die Schieferarbeiten des Rathausdaches.
Herr Ufer berichtet hierzu, dass die Eigenschadenversicherung eingeschaltet wurde; um eine Kostenerstattung aufgrund eines möglichen Mitverschuldens der Stadt zu prüfen.

8. Heizstrahler in der Glashalle

Herr Moritz erkundigt sich nach dem Sachstand in Bezug auf die Heizstrahler in der Glashalle.
Herr Schröder berichtet, dass aus der Eigentümerversammlung der GBS keine positive Resonanz kam aber er mit der GBS in Kontakt bleiben wird.

Ende der öffentlichen Sitzung: 18.25 Uhr

Für die Richtigkeit:

Datum: 20.07.2005

Bürgermeister Uwe Ufer

Monika Schmitz
Schriftführer/in